

Berghahn, Volker R.

Working Paper

Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 10/1

Provided in Cooperation with:

Institute for Economic Research, University of Freiburg

Suggested Citation: Berghahn, Volker R. (2010) : Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert', Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 10/1, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/51547>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



**Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und
das 'Amerikanische Jahrhundert'**

Volker R. Berghahn
10/1

Freiburger
Diskussionspapiere
zur Ordnungsökonomik

Freiburg
Discussion Papers
on Constitutional Economics



**Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und
das 'Amerikanische Jahrhundert'**

Volker R. Berghahn
10/1

**Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik
Freiburg Discussionpapers on Constitutional Economics**

10/1

ISSN 1437-1510

Walter Eucken Institut, Goethestr. 10, D-79100 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 79097 0; Fax.Nr.: +49 +761 / 79097 97
<http://www.walter-eucken-institut.de>

Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung; Abteilung für Wirtschaftspolitik;
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 203 2317; Fax.Nr.: +49 +761 / 203 2322
<http://www.wipo.uni-freiburg.de/>

Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das ‘Amerikanische Jahrhundert’*

Volker R. Berghahn **

Dieser Beitrag beginnt mit einer Betrachtung der Bedeutung des “Amerikanischen Jahrhunderts” und folglich mit einem Begriff, mit dem Henry Luce, der amerikanische Verleger und damalige Herausgeber vom *Life Magazine*, im Februar 1941 einen von ihm verfassten Artikel überschrieb. In einem zweiten Schritt komme ich dann auf das Wirken der “Freiburger Schule” zu sprechen kommen, um schließlich die Rolle Ludwig Erhards in der frühen Nachkriegszeit und das, was man damals unter Sozialer Marktwirtschaft verstand, zu analysieren.

Die im Folgenden angeschnittenen Fragen, sind indessen nicht nur für Historiker/innen relevant, sondern sind auch im Hinblick auf die Diskussionen um eben diese Marktwirtschaft von Interesse, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik in der Politik, den Unternehmen und in den Medien stattgefunden haben. Sind doch gerade in dieser Öffentlichkeit mancherlei Missverständnisse entstanden, die einer Klärung durch die Forschung bedürfen. Insgesamt kommt es in diesem Artikel darauf an, ein paar Schneisen zu schlagen, anstatt eine sehr ins Einzelne gehende Untersuchung vorzulegen. Das mag bei denen, die meinen, dass das Zeitalter grober Strukturanalysen vorbei sei, Skepsis hervorrufen. Dennoch sollten wir angesichts der zunehmenden Komplexität der Welt uns nicht nur auf einen sorgfältig recherchierten Pointillismus zurückziehen. Dementsprechend kommt es hier darauf an, bei aller Vorsicht doch auch das große Panorama der Weltgeschichte zu erfassen.

Zum ersten Teil: Weil das Jahr 1945 seit einiger Zeit gerade in der Bundesrepublik wieder stark in den Mittelpunkt der Erinnerung und der historischen Forschung gerückt ist, wird oft übersehen, dass das Jahr 1941 im Grunde für den Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viel wichtiger gewesen ist. Damals begann nicht nur das nationalsozialistische Regime seinen Weltanschauungskrieg gegen die Sowjetunion; im Herbst 1941 fiel auch die Entscheidung zur systematischen Ermordung der Juden Europas. Im Dezember 1941 war es schließlich Hitler, der nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor den Amerikanern den Krieg erklärte. Der Weltkrieg hatte vollends begonnen, von dem jetzt schon sicher war, dass die Achsenmächte Deutschland, Japan und Italien angesichts der sowjetischen demographischen Überlegenheit und der amerikanischen industriellen Produktionskapazitäten ihn früher oder später verlieren würden.

* Erweiterte Fassung eines Vortrages anlässlich der Eröffnung des neuen Akademischen Jahres der Universität Freiburg am 24. Oktober 2009.

** Volker R. Berghahn, Seth Low Professor of History, Columbia University, New York, USA.

In diesem dramatischen und welthistorisch entscheidenden Jahr fällten die Amerikaner nun die Entscheidung, diesen Krieg nicht nur bis zur Kapitulation der Feindmächte weiterzuführen, sondern als präsumtive Hegemonialmacht des Westens auch die Nachkriegswelt nachhaltig zu gestalten. Hier – so das Argument – setzte Washington eine Lektion in die Tat um, die die dortigen Eliten aus den Fehlern von 1918/19 gelernt hatten:

Damals scheiterte bekanntlich US Präsident Woodrow Wilson mit seiner Idee einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, und zwar zuerst am Widerstand vor allem der Engländer und Franzosen auf der Pariser Friedenskonferenz und hernach im eigenen Lande. Amerika zog sich in den Isolationismus zurück, obwohl die New Yorker Bankenwelt schon 1919/20 vor einem solchen Rückzug warnte und nach Wegen suchte, den Europäern mit privaten Krediten auf die Beine zu helfen.

Doch am Ende wurden die Europäer mit den riesigen Schäden, die der Erste Weltkrieg angerichtet hatte, in den entscheidenden ersten Jahren allein gelassen. Zwar kamen amerikanische Bankiers und Unternehmer Mitte der 20er Jahre mit ihren Anleihen und Direktinvestitionen ohne das offizielle Plazet der Politiker in Washington dann doch nach Europa. Doch zerstörte die Große Depression ab 1929 diese Ansätze zu einer Stabilisierung der Weltpolitik und Weltwirtschaft erneut. Es kam zum Aufstieg radikaler faschistischer Regime, und 1939 sahen sich die Amerikaner erneut in einen Weltkrieg gezogen – zuerst mehr vermittelt durch Waffenlieferungen an Churchill und später auch an Stalin und ab Dezember 1941 dann ganz direkt.

Der Entschluss Washingtons, die Fehler von 1918/19 nicht noch einmal zu machen, führte sofort ab Anfang 1942 zu Planungen für einen Frieden nach der zu erwartenden Niederlage der Achsenmächte. Diese standen sodann unter dem von Henry Luce in seinem Artikel schon ein Jahr zuvor formulierten Motto, dass, wenn die USA schon an der Gestaltung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht entscheidend mitgewirkt hätten, sie dies auf jeden Fall in der zweiten Hälfte tun sollten.

Dabei spielte es gewiss eine Rolle, dass man nicht zum dritten Mal unter erheblichen Opfern in einen Weltkrieg hineingezogen werden wollte. Auch aus diesem Grund entstand der Entschluss, eine Pax Americana zu errichten, deren Strukturen mit denen des eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems kompatibel waren. Mit anderen Worten, dieser “amerikanische Frieden” war nicht ein Ergebnis des 1946/47 einsetzenden Kalten Krieges gegen den Sowjetblock. Dieser beschleunigte nur ein Programm, das schon lange vor 1945 in Angriff genommen worden war.

Die folgende Analyse konzentriert sich vor allem auf die wirtschaftlichen Komponenten dieser Friedensordnung, um von dort aus dann eine Brücke zur “Freiburger Schule” zu schlagen. Allerdings sind zugleich auch immer die Verbindungen zwischen der geplanten liberal-kapitalistischen Ordnung der Weltwirtschaft und den freiheitlichen Prinzipien des amerikanischen politischen Systems im Auge zu behalten.

Grundlegend für diese Ordnung war die Schaffung eines multilateralen Welthandelssystems der Offenen Tür, in dem das Prinzip des freien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs vorherrschte. Hier kam nun vor allem Deutschland schon 1942 gleich ins Visier der Planer in Washington. Denn schon vor 1900 hatte sich das deutsche Industriesystem in eine andere Richtung entwickelt. 1897 hatte das Reichsgericht nämlich in einer Grundsatzentscheidung wettbewerbsbeschränkende horizontale vertragliche Vereinbarungen zwischen unabhängigen Firmen

(Kartelle) sowie gemeinsame Verkaufsorganisationen (Syndikate) ausdrücklich erlaubt und zu einklagbaren Verträgen erklärt.¹

Im Gegensatz dazu hatten die Vereinigten Staaten schon 1890 durch den Sherman Act eben solche Vereinbarungen streng verboten und Verletzungen des Wettbewerbsgebots sogar kriminalisiert. Die Folge davon war, dass die beiden Industriesysteme hinfort in sehr verschiedene Richtungen marschierten. Deutschland entwickelte sich bis 1933 zum höchstkartellisierten Land der Welt. Als dann die Nazis an die Macht kamen, verordneten sie auf Initiative der Großindustrie die Totalkartellisierung. Kurzum, es entstand ein sehr merkwürdiger autoritärer Rüstungskapitalismus, der den Wettbewerb weitgehend, wenn auch nicht völlig abgeschafft hatte. Dieses System passte natürlich sehr gut zu einer Diktatur, die 1933 den parlamentarisch-politischen Wettbewerb unter den Parteien abschaffte und einen imperialistischen Eroberungs- und Ausbeutungskrieg vorbereitete.

In Amerika setzte sich die Konzentration wirtschaftlicher Macht nach 1890 ebenfalls fort. Doch nahm sie nicht die Form monopolistischer Kartelle und Syndikate an. Vielmehr entstanden dort angesichts des Kartellverbots Großunternehmen, die miteinander in einem oligopolistischen Wettbewerb standen, der auch kleineren Unternehmen Raum zur Entwicklung ließ. Dieser Wettbewerb förderte zugleich schon vor 1914 die Entstehung eines Konsumkapitalismus, der wiederum mit einem politischen System harmonierte, das auf dem ebenfalls oligopolistischen Wettbewerb der beiden großen Parteien, der Republikaner und Demokraten mit einem zudem föderalistischen Verfassungsbau der USA beruhte.

Auf die amerikanischen Nachkriegsplanungen von 1942 übertragen hieß dies, dass Washington das, einen Produktions- und Rüstungskapitalismus fördernde Wirtschaftssystem der NS-Diktatur, welches das Regime nach der Eroberung halb Europas damals zu einem autarkistischen und aus der Weltwirtschaft herausgenommenen Block zu organisieren begonnen hatte, ein für allemal zerschlagen wollte. In diesem Ziel bestand übrigens eine frappierende Parallele zu Japan und Italien. In Asien hatten die Japaner bekanntlich mit der brutalen Eroberung einer ebenfalls auf Autarkie beruhenden "Groß-Ostasiatischen Ko-Prosperitätssphäre" als einem Großblock begonnen, während Mussolini von einer Wiedererrichtung des Römischen Weltreichs träumte, das das Mittelmeer zu einem "italienischen Teich" gestalten würde.²

Auch diese beiden Imperien sollten wie der deutsche Großraum nach der Niederlage von den Amerikanern vernichtet werden und zwar nicht nur wegen der rassistischen Mordpolitik der drei Achsenmächte, sondern auch, weil sie in der wirtschaftlichen Pax Americana eines multilateralen Welthandelssystems mit oligopolistischem Wettbewerb und Konzernen dysfunktional waren.

Auf Deutschland bezogen, verhängten die Alliierten 1945 daher eine schon im Kriege in diversen Kommissionen durchdiskutierte sofortige Auflösung aller Kartelle und Syndikate. Zugleich begannen sie mit der Entflechtung der Vereinigten Stahlwerke und der IG Farben, die als Einzelunternehmen im Dritten Reich ebenfalls wettbewerbsfeindliche Monopolstellungen errungen hatten. Das Ziel der Amerikaner war es, in Deutschland einen konsumfreundlichen Wettbewerbskapitalismus zu organisieren und die Macht der alten Kartelle und Syndikate, vor allem in der Ruhrindustrie zu brechen, die in den Augen Washingtons zudem mit ihrer Rüstungsproduktion für den Ausbruch des Krieges und das lange Durchhalten der Wehrmacht

¹ Vgl. z.B. V. Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1985, S. 20-33, auch für das Folgende.

² Vgl. J. Lebra, *Japan's Greater East Asia Sphere in World War II*, Oxford 1975.

mitverantwortlich war. Parallel dazu wollte man ein demokratisches System des parlamentarischen Wettbewerbs unter den neu zu konstituierenden politischen Parteien etablieren.³

Es wird weiter unten zu untersuchen sein, wie die westdeutsche und voran die Ruhr-Industrie auf die amerikanischen Bemühungen reagierte, das deutsche Industriesystem nicht nur materiell wiederaufzubauen, sondern es gerade auch institutionell umzubauen, das heißt, es aus der protektionistischen Kartelltradition heraus in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu drängen.

Doch sollen zuvor jene Ökonomen zu Wort kommen, die weithin zur “Freiburger Schule” gezählt werden. Allerdings können aus Platzgründen die großen Namen wie Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke oder Franz Böhm lediglich genannt werden, die alle eigene wichtige Beiträge zur Theorie und Praxis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und Umbaus geleistet haben.⁴ Wie die Amerikaner, so hatten auch viele Volkswirte der älteren Generation Lehren aus den Desastern der Zwischenkriegszeit gezogen. Für sie alle war die Frage nach der adäquaten Ordnung der Wirtschaft zentral, für die damals alle möglichen Begriffe erfunden wurden.

Im Folgenden soll Walter Euckens Werk etwas näher untersucht werden, nicht nur weil er seit 1927 ununterbrochen in Freiburg lehrte, sondern auch, weil er einer der einflussreichsten Vordenker der westdeutschen Nachkriegswirtschaft war. Für ein Verständnis seines Weltbildes ist es als erstes wichtig, dass er aus einem liberalen Elternhaus kam.⁵ Sein Vater, Rudolf Eucken, war einer der bedeutendsten Vertreter des deutschen Idealismus sowie Nobelpreisträger. Dieser Hintergrund mag dazu beigetragen haben, dass dessen Sohn ein ausgesprochener Individualist war, der den so genannten “Massen” misstrauisch gegenüberstand.

Anfang der dreißiger Jahre tauchte er zusammen mit Rüstow im “Deutschen Bund für freie Wirtschaftspolitik” auf und lehnte die Kartellisierung der Industrie immer wieder ab. Auch im Dritten Reich ließ er sich nicht einschüchtern. Er wandte sich gegen den Kollektivismus der Nazis und sprach sich für eine an dem zivilen Konsumenten ausgerichtete Marktwirtschaft sowie für einen Staat aus, die Rahmenregeln setzte, aber nicht fortwährend direkt in die Wirtschaft intervenierte. Während des Krieges begann er – soweit dies damals möglich war – Keynes und auch die Währungsvereinbarungen von Bretton Woods zu studieren. Zudem war er Mitglied einer Gruppe von Freiburger Professoren, die diskutierten, welche Veränderungen für den Übergang vom Krieg zum Frieden ins Auge zu fassen wären. Im Juli 1943 trug Eucken vor dieser Gruppe mutig gar ein Papier zu diesem Thema vor.

Doch lassen wir ihn direkt zu Worte kommen, und zwar aus seinem schon im Kriege begonnenen “zweiten Hauptwerk” mit dem Titel “Grundsätze der Wirtschaftspolitik.” Darin schrieb er z.B.: “Je stärker sich die Monopole in einem Lande vermehren, umso größer sind die Gleichgewichtsstörungen, die entstehen.”⁶ “Kleine und mittlere Unternehmen”, so fügte er hinzu, “werden zurückgedrängt”, und es entstehe ein Problem wirtschaftlicher Macht, das “niemals durch weitere Konzentration der Macht gelöst werden” könne.⁷ Vielmehr gehe es um die

³ Vgl. C. Scharf u. H.-J. Schröder, Hg., Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, 1945-1949, Wiesbaden 1977.

⁴ Vgl. A.J. Nicholls, Freedom with Responsibility. The Social Market Economy of Germany, 1918-1963, Oxford 1994, insbes. S. 136ff.

⁵ Ebd., S. 32ff.

⁶ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952, S. 43.

⁷ Ebd., S. 173.

Verankerung eines ‐Leistungswettbewerbs‐, der etwas ganz anderes als ein Behinderungs- oder Schädigungswettbewerb sei. Zudem solle ‐Wirtschaftsmacht ... in einer Wettbewerbsordnung nur soweit bestehen, wie sie notwendig ist, um die Wettbewerbsordnung zu erhalten.‐⁸ Gehe in einer funktionierenden Wettbewerbsordnung doch der Hauptstoß in die Richtung, ‐die Entstehung von monopolistischen Machtgebilden‐ zu verhindern.⁹

Ein dementsprechend einzurichtendes Monopolamt habe daher die Aufgabe, ‐Monopole soweit wie möglich aufzulösen [und] diejenigen, die sich nicht auflösen lassen, zu beaufsichtigen.‐¹⁰ Was Eucken hier vertrat, war eine Konzeption von entschiedenem Wettbewerb, der ja unter dem NS-Regime infolge der Totalkartellisierung praktisch abgeschafft worden war. Indessen war er ebenso wenig ein Anhänger eines laissez-faire Liberalismus nach dem Vorbild des 19. Jahrhunderts. Vielmehr musste gerade angesichts der Erfahrungen der Zeit bis 1945 die Wirtschaftsverfassung bewusst gestaltet werden. Der demokratische Staat musste Regeln und einen Rahmen setzen, in dem sich wirtschaftliche Tätigkeit dann frei bewegen konnte.

Es genügte daher nicht, gelegentlich gegen Monopole vorzugehen. Das Weimarer Missbrauchsgesetz von 1923, so hieß es, habe sich eher negativ auf den Wettbewerb ausgewirkt. So kam es, dass Eucken und andere ‐Freiburger‐ eine Wettbewerbspolitik befürworteten, die als erstes die von den Alliierten begonnene Entflechtung der Großkonzerne noch weiter trieb und den Aufbau von mittelständischen Unternehmen förderte. Mit anderen Worten, es ging ihm nicht nur um ein Kartell- und Monopolverbot; auch Oligopole konnten allzu mächtig und wettbewerbshinderlich werden. Deshalb sollte ein Wettbewerbssicherungsgesetz auch gegen die Entfaltung solcher Machtkonzentrationen vorgehen können.¹¹

Angesichts dieser Positionen kam der Wirtschaftshistoriker Gerold Ambrosius rückblickend zu folgendem Schluss: ‐Tatsächlich ließ sich die Konsequenz, mit der etwa Miksch, Rüstow, aber auch Eucken gegen private Monopolstrukturen vorgehen wollten, durchaus mit christlich-sozialistischen Vorstellungen vergleichen‐, wie sie 1946 im Ahlener Programm der CDU zu finden gewesen waren.¹² Und weiter: ‐In der Radikalität der Dezentralisierung ging der Ordoliberalismus sicherlich noch einen Schritt weiter. Der mittelständische Antimonopolismus war in beiden Fällen stark ausgeprägt.‐ Nicht weniger konsequent war es, dass Eucken nicht mit den Interessenvertretungen der Großkonzerne, sondern mit der ASU, der ausgesprochen mittelständischen ‐Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer‐, zusammenarbeitete.¹³

Die Idee, mit Hilfe eines Monopolamts eine dezentralisierte Wirtschaft dauerhaft abzusichern, stieß nun freilich nicht nur auf den Widerstand der weiterhin bestehenden Großindustrie, deren Entflechtung durch die Alliierten zwar begonnen hatte, aber dann nicht mehr so energisch weitergeführt wurde, wie es die Freiburger postulierten.

Auch die Amerikaner waren alles andere als radikale Dezentralisierer. Vor allem die Mitglieder der Wirtschaftsabteilung im Büro des Militärgouverneurs (OMGUS) strebten in

⁸ Ebd., S. 291.

⁹ Ebd., S. 292.

¹⁰ Ebd., S. 294.

¹¹ Ebd., S. 298.

¹² G. Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland, 1945-1949, Stuttgart, S. 34.

¹³ Zur ASU, siehe Berghahn, Unternehmer, S. 302, 313ff.

Anlehnung an die Traditionen im eigenen Land eine oligopolistische Marktordnung an. Für sie hatte eine solche Marktordnung nicht nur in Amerika ihren Wert erwiesen und war den Westdeutschen schon aus diesem Grunde zu empfehlen. Vielmehr kam bei William Draper, dem Direktor der OMGUS-Wirtschaftsabteilung, und Paul Hoffman, dem Administrator des Marshallplans in Europa, noch eine weitere sehr wichtige Kalkulation hinzu. Sie wollten nicht nur für den westdeutschen Wiederaufbau möglichst große Motoren zur Verfügung haben, die eben nur durch Konzerne bereit gestellt werden konnten, sondern auch für den Wiederaufbau des übrigen kriegszerstörten Westeuropas.

Dabei spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, dass die westdeutsche Industrie trotz aller Bombardierungen bis 1945 und aller Reparationsentnahmen potenziell immer noch die stärkste auf dem europäischen Kontinent war. Doch gab es noch eine weitere Überlegung, die mit dem Ziel der Amerikaner zusammenhing, die westdeutsche Wirtschaft nicht nur wiederaufzubauen, sondern auch umzubauen, d.h. sie aus der Kartelltradition heraus in den oligopolistischen Wettbewerb zu drängen.¹⁴

Gelang dies, so hoffte man auch einen Umbau anderer westeuropäischer Länder zu fördern, wo es ebenfalls alte Kartellneigungen und protektionistische Wettbewerbsbeschränkungen gab. Zwar konnte man dort nicht so direkt in die Industriestruktur eingreifen wie in den besetzten Westzonen. Doch erwartete man einen osmotischen Effekt. Wie Hoffman es damals ausdrückte, sei für ihn die Dekartellisierung "eine der größten Hoffnungen für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Westeuropas via Deutschland."¹⁵ Ziel sei es, "in Westdeutschland den Typ einer freien wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu gestalten, den wir in den Vereinigten Staaten" besitzen. Erfolge dies, werde "Westdeutschland eine sehr wirksame Wirtschaft entwickeln und ihr Einfluss wird sich über Deutschland hinaus ausbreiten, weil das Konkurrieren mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft die Einführung der Wettbewerbsfähigkeit auch in anderen Ländern" nach sich ziehe.

So ging es damals also auch um den Wiederaufbau *und* Umbau der gesamten westeuropäischen Industriewirtschaft, bei dem Westdeutschland als Hebel dienen sollte, mit dem man auch Jean Monnet unterstützte, als dieser nach 1945 nicht nur die Modernisierung der französischen Industrie in die Hand nahm, sondern auch in den Vertrag zur Schaffung der Montanunion (EGKS) ein Kartellverbot einfügte.

Vergleicht man diese Strategien Washingtons mit den Vorstellungen, die Eucken und seine Fachkollegen von einer modernen Nachkriegswirtschaft entwickelten, so wird deutlich, dass sich alle einig waren, zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb zurückzukehren. Doch schieden sich die Geister an der Frage der oligopolistischen Machtkonzentrationen, die die Amerikaner guthießen, die Freiburger aber als gefährlich ablehnten und entflechten wollten, wo immer sie in Erscheinung traten.

Dies ist nun der Punkt, an dem die Rolle Ludwig Erhards bei diesen Entwicklungen ein entscheidendes Gewicht bekam. Gerade weil er beim Wiederaufbau und Umbau des westdeutschen Wirtschaftssystems als Minister eine Schlüsselrolle einnahm, gibt es zahlreiche Bücher und Artikel über ihn, über seinen Lebenslauf und über seine unbezweifelbaren Verdienste. Einige Biographien, die vor längerer Zeit erschienen, haben fast hagiographische

¹⁴ Vgl. W. Abelshauer, *Wirtschaft in Westdeutschland, 1945-1948*, Stuttgart 1975.

¹⁵ Zit. in *Industriekurier*, 9. 5. 1950.

Züge, in denen er zudem oft den “Freiburgern” zugezählt wird.¹⁶ Der amerikanische Historiker Alfred Mierzejewski hat in seiner Studie gemeint, Erhard lasse sich ideologisch überhaupt nicht einordnen.¹⁷ Er sei ein Einzelkämpfer gewesen. Volker Hentschel hingegen kam in seiner Biographie zu einem sehr kritischen Urteil. Er sei ein schwacher und konzeptionsloser Politiker gewesen, der nicht einmal sein eigenes Ministerium im Griff gehabt habe.¹⁸

Indessen spricht manches dafür, Erhard in einem anderen Lichte zu betrachten, als Mierzejewski oder Hentschel es getan haben, und so eine hoffentlich plausiblere Interpretation seines Lebens und Tuns bieten. Auf jeden Fall war sein Leben *vor* 1945 nicht nur recht bewegt, sondern bietet auch viele Einsichten, wenn man seine späteren Gedanken und Tätigkeit als Wirtschaftsminister der jungen Bundesrepublik verstehen will.

Hier scheint als erstes relevant zu sein, dass er – 1897 in Fuerth geboren – in einer liberalen Familie aufwuchs.¹⁹ Sein Vater besaß ein prosperierendes Textilgeschäft und – obwohl Katholik – war er doch so tolerant, dass Ludwig und seine drei Geschwister von ihrer Mutter protestantisch erzogen werden konnten. Nach der Realschule und dem „Einjährigen“ arbeitete er zunächst als Lehrling in einem Fürther Textilunternehmen. Durch seine Mutter wurde er in die klassische Musik eingeführt. Mierzejewski mag daher recht haben, wenn er meint, dass Erhard damals lernte, einem Dirigenten gleich, in den großen Symphonien harmonieschaffende Strukturen zu sehen. Dass er dann in den Ersten Weltkrieg eingezogen und im September 1918 schwer verwundet wurde, prägte seine Einstellung zu Konflikt und Gewalt.

So war es kaum ein Zufall, dass er 1919 in Nürnberg Betriebswirtschaft zu studieren begann, wo er in seinen Überzeugungen von seinem Lehrer Wilhelm Rieger tief beeinflusst wurde. Rieger empfahl den jungen Diplomkaufmann dann an Franz Oppenheimer weiter, einen bekannten Volkswirt an der Universität Frankfurt, dem Erhard auch nach dem Abschluss seiner Dissertation verbunden blieb. Ohne auf Oppenheimers kommunitaristische Ideen eingehen zu können, scheint es, dass Erhard dessen Ablehnung von Kartellen und Monopolen und Ideen von einem mittelständischen Wettbewerb mit einer breiten Eigentumsstreuung übernahm.

Mit Hilfe von Rieger und Oppenheimer erhielt er eine Forschungsstelle an Wilhelm Vershofens “Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigwaren”. Es ist signifikant, dass Erhard über seine Familie und sein Studium in Nürnberg und Frankfurt schließlich zum zivilen Konsumsektor kam und dort auch tätig blieb, nachdem im Dritten Reich die forcierte Förderung des militärischen Produktionssektors einsetzte. Allerdings kam es etwas später zu Differenzen mit Vershofen, u.a. weil letzterer meinte, dass Kartelle eine positive Wirkung auf die Wirtschaft ausübten.

Nachdem er das Vershofen-Institut verlassen hatte, gelang es ihm, eine eigene Forschungsstelle zu errichten, dem er den Namen “Gesellschaft für Konsumforschung” gab und bei dessen Finanzierung ihm sein Schwager Karl Guth half. Guth war Geschäftsführer der “Reichsgruppe Industrie” und überredete einflussreiche Großindustrielle, wie den Zigarettenfabrikanten Philipp Reemtsma und Rudolf Mann von den IG Farben, Erhards Institut zu unterstützen. Damals im Kriege lernte Erhard auch die Vorschläge zu einer Ordnung der

¹⁶ Siehe z.B. V. Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986; J.M. Lumkowski, Ludwig Erhard. Der Mensch und Politiker, Düsseldorf 1965; M.K. Caro, Der Volkskanzler. Ludwig Erhard, Köln 1965. Siehe auch B. Löffler, “Auf dem Weg zu einer ‘thematisch-modalen’ Biographie Ludwig Erhards,” in Historisches Jahrbuch, 127(2007), S. 487-519.

¹⁷ A.C. Mierzejewski, Ludwig Erhard. A Biography, Chapel Hill, NC, 2004.

¹⁸ V. Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.

¹⁹ Siehe vor allem Mierzejewski, Erhard, Kap. 1 u. 2. auch für das Folgende.

Nachkriegswirtschaft kennen, die von Rüstow, Röpke und Eucken entwickelt wurden.²⁰ Ihre Schriften bestätigten ihn in seinen eigenen Ansichten über Wettbewerb und eine kartellfreie Wirtschaft, und er mag daher damals auch zu Euckens erwähnten Vorschlägen geneigt haben, dass eine freie Marktwirtschaft stark dezentriert sein müsse.

Doch war dies ein Punkt, in dem er sich bald nach dem Ende des Krieges von den "Freiburgern" mehr und mehr distanzierte, nachdem er Wirtschaftsminister der neuen Bundesrepublik geworden war. Im Jahre 1949 gab er gleich den Entwurf zu einem Wettbewerbssicherungsgesetz in Auftrag, das die Alliierten Kartellverordnungen der Besatzungszeit durch ein parlamentarisch-demokratisch legitimiertes Rahmenwirtschaftsrecht ersetzen würde. Dieser von Paul Josten in seinem Ministerium entwickelte Entwurf sah jene weitergehende Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht und die Förderung eines mittelständischen Unternehmertums vor, von dem die Freiburger geschrieben hatten.²¹

Doch wurde dieser Entwurf bezeichnenderweise bald wieder zu den Akten gelegt. Denn inzwischen hatte sich der Minister nicht nur über das in Amerika seit dem Sherman Act von 1890 entstandene oligopolistische Wettbewerbssystem informieren können, sondern sah auch, wie sehr es Paul Hoffman und John McCloy mit seinen Mitarbeitern in der neuen US-Hochkommission darauf ankam, die deutsche Industrie – allen voran die für den Wiederaufbau so wichtige Ruhrindustrie – nicht nur auf einen Wettbewerb ohne Kartelle hinzuorientieren, sondern über nicht zu weit entflochtene Konzerne auch die Motoren für den materiellen Wiederaufbau zu schaffen. Mittelständische Unternehmen besaßen in dieser Sicht einfach nicht die Stärke, diesen Wiederaufbau voranzutreiben, der – wie gezeigt – ja nicht nur Westdeutschland sondern auch Westeuropa zugute kommen sollte.

Bei Erhards Hinwendung zu dem amerikanischen Modell eines oligopolistischen Wettbewerbs mag auch eine Rolle gespielt haben, dass er seit dem Kriege mit Karl Guth und der Großindustrie verbunden war und auch mit deren Widerstand gegen eine zu weitgehende Entflechtung zu sympathisieren begann. Vor diesem Hintergrund entwickelte er 1948/49 eine mehrschichtige Strategie, nämlich

1. Entschiedene Abkehr vom schwerindustriellen Rüstungskapitalismus hin zu einer zivilen Konsumwirtschaft, für die er schon lange vor 1945 eingetreten war und die in seinen Augen allein fähig war, einen "Wohlstand für alle" (Erhard) zu erzeugen.
2. Hinwendung mit Hilfe eines Kartellverbots zu einem Wettbewerb, der Oligopole zuließ, d.h. Konzerne, die im Sinne Hoffmans als Motoren dienen konnten, sowohl für den westdeutschen Wiederaufbau als auch für die von den Amerikanern ebenfalls geförderte wirtschaftliche Integration Westeuropas. Ein weiterer Gesichtspunkt war, dass diese größeren Einheiten besser in der Lage sein würden, mit den amerikanischen Großunternehmen auf dem zu errichtenden Weltmarkt zu konkurrieren.
3. Schutz des mittelständischen Handels und Handwerks gegen die Konkurrenz der Grossunternehmen durch noch bestehende und nur langsam aufzuhebende, Wettbewerbsbehinderungen wie die Preisbindung.

²⁰ Siehe auch: L. Erhard, Kriegsfinanzierung und Schuldenpolitik. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt 1977.

²¹ Siehe z.B. J. C. Van Hook, Rebuilding Germany. The Creation of the Social Market Economy, 1945-1957, Cambridge 2004; R. Robert, Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik, Berlin 1976.

4. Schutz der sozial Schwachen und durch die Wirren des Krieges weiter geschwächte Gruppen, wie Witwen, Waisen, Kriegsverletzte und Flüchtlinge in der Hoffnung, dass sich die unvermeidlich hohen Kosten für diese Absicherung langsam verringern würden, weil der erwartete Konsum- und Exportboom eine breitere demokratische Partizipation an den Gewinnen einer liberalen Wettbewerbswirtschaft mit sich bringen würde.

Dies waren die vier Komponenten, die Erhards Soziale Marktwirtschaft letztlich ausmachten.

Während die Genesis der ersten beiden Komponenten bereits analysiert wurde und dabei vor allem beim zweiten Faktor für Erhard die amerikanischen Ideen von Wettbewerb in einer modernen Industriegesellschaft gegenüber denen der Freiburger eine größere Rolle zu spielen begannen, blieb der Einfluss von Eucken und anderen Ökonomen bei den letzten beiden Punkten relativ groß.

Dabei ist die Affinität bei der Stützung des wirtschaftlichen Mittelstandes besonders deutlich. Wie gesagt, stand Eucken der ASU nahe, und wenn er auch im Prinzip für den Leistungswettbewerb stand, war ihm doch auch klar, dass Handel und Handwerk gerade in den noch schwierigen Anfangsjahren gegen die kalten Winde einer freien Marktwirtschaft geschützt werden mussten. Für die CDU/CSU war dies als Mittelstandspartei, die im parlamentarischen System der Bundesrepublik jetzt auch im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien stand, zudem eine Frage der eigenen Existenzsicherung.²²

Als dies sich in den Wahlen der 50er Jahre dann als das richtige Rezept erwies, war schließlich auch erträglich, wenn sich der Wettbewerb in einzelnen Handelssparten langsam verschärfte, wie etwa, als der Nürnberger Unternehmer Porst die Preisbindung im Photogeschäft zu durchbrechen begann. Porst sorgte damals für eine Sensation und stieß auf eine z.T. sehr feindselige Kritik. Es dauerte dann zwar noch weitere Jahre, bis in der Bundesrepublik amerikanische Verhältnisse im Handel auf breiter Front Eingang fanden. Doch vergleicht man die heutige Landschaft mit der der 50er Jahre, lässt sich erkennen, wie stark sich der Leistungswettbewerb in Handel, Handwerk und Industrie gegenüber dem früheren Protektionismus durchgesetzt hat.

Bei der vierten Komponente der Erhardschen Wirtschaftspolitik – der sozialen Frage – ist zunächst wiederum auf Walter Eucken zurückzugreifen. Denn in seinen “Grundsätzen der Wirtschaftspolitik” stehen zu diesem Problem wichtige Überlegungen. Immer wieder betonte er, wohl auch vor dem Hintergrund seines Wissens um die Zustände der Zwischenkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, wie “das Anliegen sozialer Gerechtigkeit ... nicht Ernst genug genommen werden” könne.²³

Gleiches galt bei ihm auch für das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit. Denn eine “große Wurzel dieses Bedürfnisses nach Sicherheit ist die Not”²⁴ die nun auch im Hinblick auf die Schaffung einer politischen Stabilität in einer Demokratie mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bekämpft werden musste. Gab es für Eucken doch nichts, “*was nicht sozial wichtig wäre*”.²⁵ Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, so postulierte er, hätten immer auch soziale

²² Vgl. H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949-1957, Stuttgart 1981.

²³ Eucken, Grundsätze, S. 315.

²⁴ Ebd., S. 317.

²⁵ Ebd., S. 313, im Original kursiv gesetzt.

Auswirkungen. Daher sei eine "richtig verstandene Sozialpolitik ... universaler Art. Sie ist identisch mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft oder der Wirtschaftsverfassungspolitik."²⁶

Gewiss bedurfte es angesichts der sozialen Not, die auch 1949 in der Bundesrepublik noch herrschte, keines Genies, um das Erfordernis einer nachdrücklichen Sozialpolitik zu erkennen. Diese hatte zudem in Deutschland tiefe Wurzeln, die bis in die Sozialgesetzgebung der Bismarckzeit zurückreichten. In der Weimarer Republik war der Sozialstaat dann unter dem Druck der Nachkriegsnot ausgebaut worden, und auch die NS-Diktatur wusste, dass es nicht nur darum ging, die Volksgenossen mit Propagandaparolen für das Regime zu gewinnen. Auch dort gab es einen aufwendigen Sozialstaat, der freilich nicht auf universalen Prinzipien sondern denen eines radikalen Rassismus beruhte, mit dessen Hilfe Juden und andere Gruppen aus der "Volksgemeinschaft" ausgeschlossen und als "Parasiten" und "nutzlose Esser" am Ende gar ermordet wurden.

Außer der deutschen Sozialstaatstradition ist nicht zuletzt auch zu berücksichtigen, dass auch die Amerikaner in der großen Krise der 30er Jahre zu einem Ausbau des sozialen Netzes gegriffen hatten, das in Not Geratene wenigstens etwas, wenn auch nicht so stark wie in Deutschland, absicherte.²⁷ Viele Mitarbeiter der amerikanischen Besatzungsbehörden standen in dieser Tradition und hatten daher für eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung viel Verständnis.

Bei Erhard ist außer dem Einfluss von Eucken, der einer seiner Berater wurde, auch der von Franz Oppenheimer zu bedenken, dessen Vorstellungen zu diesem Thema gelegentlich als "liberaler Sozialismus" bezeichnet worden sind. Wilhelm Röpke sprach dann von einem "sozialen Liberalismus" und Müller-Armack war es schließlich, der als der Vater des Begriffs der "Sozialen Marktwirtschaft" gilt, den Erhard übernahm.²⁸

Doch dieser war Minister und Politiker, der von vielen Seiten mit Wünschen und Forderungen bombardiert wurde. So klar seine Grundvorstellungen auch sein mochten, er musste auf den Druck unterschiedlicher Interessen reagieren. Das war vor allem die scharfe Opposition der Schwerindustrie, die sich auch in den 50er Jahren immer noch nicht von den Kartellen und Syndikaten verabschieden wollte. Über diese z.T. sehr heftigen Debatten sei nur festgehalten, dass es infolge dieser Opposition bis 1957 dauerte, bis das Erhardsche Wettbewerbssicherungsgesetz endlich vom Bundestag verabschiedet wurde und ein Kartellamt entstand. Dessen erster Präsident wurde Eberhard Günther, der einst in einem Kalisyndikat gearbeitet hatte, dann zu einem "Jünger Euckens" (A.J. Nicholls) wurde und an den Entwürfen zu dem Erhardschen Gesetz mitgewirkt hatte.

Während sich der Bundeswirtschaftsminister mit den "Kartellisten" in der Industrie herumschlug, drängten die Amerikaner ihn in die entgegengesetzte Richtung und verlangten ein striktes Verbot aller Wettbewerbsbeschränkungen, wobei sie auf ihre residualen Besatzungsrechte pochten und verkündeten, dass die von ihnen verhängten Dekrete aus der frühen Nachkriegszeit erst aufgehoben würden, wenn ein westdeutsches Gesetz ratifiziert worden sei. So ist es wohl zu erklären, dass Erhard einmal meinte, er stehe an der Ruhr unter

²⁶ Ebd.

²⁷ Siehe z.B. G.D. Nash, *The Great Depression and World War II*, New York 1979.

²⁸ Siehe z.B. Nicholls, *Freedom*, S. 74; A. Müller-Armack, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, Bern 1974; J. Schneider u. W. Harbrecht, Hg., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland, 1933-1993*, Stuttgart 1996.

dem Verdacht, ein “amerikanisches Pflänzchen” in den traditionsschweren Boden der deutschen Kartelltradition setzen zu wollen.²⁹

Wie scharf man ihn jenseits des Atlantiks beobachtete, spiegelt sich in einem Artikel, den Gilbert Burck im Mai 1954 im Wirtschaftsmagazin *Fortune* veröffentlichte.³⁰ Darin schrieb er, dass es gut sein könne, dass Deutschland bei einer Ablehnung des Wettbewerbssicherungsgesetzes “in den wirtschaftlichen Autoritarismus der alten Zeiten zurückfallen” werde – “mit Rückwirkungen, die bis jetzt von niemandem abzusehen” seien. Hingegen bedeute eine Annahme des Gesetzes “selbst in modifizierter Form ... einen großen Sieg, vielleicht den größten, der je in Europa gewonnen wurde, für die Grundsätze eines dynamischen Kapitalismus amerikanischen Stils.”

Auch die mittelständischen Fachverbände mussten in die Diskussionen einbezogen werden, die auf der Erhaltung der Preisbindung und anderer protektionistischer Praktiken bestanden. Erhard wusste auch, dass er die Schwachen nicht einfach den eisigen Winden einer Marktwirtschaft aussetzen konnte. Allerdings scheint er mit Eucken u.a. Ökonomen gehofft zu haben, dass sich die Sozialkosten mit steigender Prosperität, an der alle Schichten teilhatten, verringern würden. Schließlich musste er auch auf die Interessen der Gewerkschaften als den Sprachrohren der organisierten Arbeiter und Angestellten Rücksicht nehmen, die ebenfalls an dem “Wirtschaftswunder” partizipieren wollten, das unter Erhards Regie in den 50er Jahren begann.

Selbst im Bundeskabinett traf er immer wieder auf die Opposition seiner Kollegen. Daniel Koerfer hat dargestellt, wie stark allein Adenauer ihm immer wieder zusetzte.³¹ Dieser Kleinkrieg erreichte dann in den 60er Jahren seinen Höhepunkt, als Adenauer aus verschiedenen Gründen Erhards Bundeskanzlerschaft hintertrieb, nicht zuletzt auch deshalb, weil Erhard ein Atlantiker war und blieb, der Adenauers Annäherung an de Gaulle und den Gaullismus skeptisch gegenüberstand.

Abschließend sind zwei wichtige Punkte im Auge zu behalten:

1. Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass ich versucht habe, Erhard sowohl gegenüber seinen zeitgenössischen Kritikern als auch gegenüber Volker Hentschel in Schutz zu nehmen. Freilich ging es mir dabei nicht darum, seine unbestreitbaren Leistungen in den Himmel zu loben.

Vielmehr sollte man Erhard ganz unmittelbar aus seinem Lebenslauf und seinen Lebenserfahrungen heraus erklären. Er war kein ideenloser Pragmatiker, der nach 1948 von einer Krise in die andere schlidderte und nur aufgrund der glücklichen Umstände einer Wirtschaftsblüte immer wieder festeren Boden unter den Füßen gewann.

Tatsächlich hatte Erhard eine klare Vorstellung von der zukünftigen Gestalt einer westdeutschen Industriewirtschaft nach der Katastrophe der NS-Diktatur mit ihren Eroberungskriegen und Massenmorden. Aber er war auch ein Politiker, der als Minister in der Verantwortung stand und kompromissbereit sein musste, solange es nicht um Grundsätzliche der westdeutschen Wirtschaftsverfassung ging.

Insofern war er in einem weiteren Sinne ein Freiburger. In Fragen des Wettbewerbs und des Kartellverbots stimmte er mit Eucken und anderen generell überein. Aber er

²⁹ Zit. in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.11.1953.

³⁰ G. Burck, “The German Business Mind,” in: *Fortune*, Mai 1954.

³¹ D. Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt*, Stuttgart 1987.

favorisierte aus den erwähnten Gründen nicht deren Vision eines reinen mittelständischen Kapitalismus, der gegen alle wirtschaftliche Machtbildung und selbst gegen Oligopole einschreiten wollte. So kam es, dass das Wettbewerbssicherungsgesetz von 1957 ein prinzipielles Verbot enthielt, aber einzelne temporäre und vom Kartellamt gebilligte Ausnahmen zuließ. Eine dauerhaft dezentralisierte, mittelständische Marktwirtschaft hatte er indessen nicht im Sinn.

Mit Recht nannte er das 1957er Gesetz einmal “das wirtschaftliche Grundgesetz”, das zusammen mit dem politischen Grundgesetz von 1949 den *Rahmen* setzte, in dem eine liberal-demokratische Wirtschaft und Gesellschaft hinfort operieren würde.³² Hier also ist auch der Freiburger Schule Anerkennung zu zollen, weil sie Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft vorgedacht und in Wort und Schrift artikuliert und verbreitet hatte.

2. Doch auch die Amerikaner haben bei diesem Umbau der deutschen Industriewirtschaft eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle gespielt. Denn 1941 stand Hitler vor den Toren Moskaus. Man stelle sich den Verlauf der Weltgeschichte vor, wenn er damals den Krieg im Osten gewonnen hätte und Pearl Harbor von den Japanern, die sich damals auf die Eroberung ganz Südostasiens konzentrierten, nicht angegriffen worden wäre.

Zumindest hätte der 2. Weltkrieg, in den die Amerikaner am Ende dann so oder so hineingezogen worden wären, bis zum Sieg der Alliierten sehr viel länger gedauert und wäre noch blutiger gewesen. Doch mit der Niederlage der Achsenmächte konnte 1945 das “Amerikanische Jahrhundert” für die Deutschen und die Westeuropäer, wie eingangs geschildert, beginnen.

Unter dem Schutzdach der Hegemonialmacht des Westens gelang es, in Westeuropa eine längere Periode der Prosperität und eines wenn auch immer wieder gefährdeten Friedens zu erreichen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des Sowjetblocks dehnte sich diese Zone dann nach Osteuropa aus.

Freilich, die Schmerzen und Opfer, die diese Periode mit sich brachte, sollen keineswegs unterschätzt werden. Noch weniger sollte man vergessen, wie viel Elend und Leid die Repressionspolitik in der Zweiten Welt bis 1989 und die Entkolonisierung und die Bürgerkriege in der Dritten Welt über Millionen von Menschen brachten, an denen auch die USA einen erheblichen Anteil der Verantwortung trugen.

³² Zit. in Der Spiegel, 2.6.1954.

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik

Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics

- 10/1 Berghahn, Volker R.: Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'
- 09/10 Dathe, Uwe: Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 Wohlgemuth, Michael: Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 Bernhardt, Wolfgang: Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 Mäding, Heinrich: Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 Koenig, Andreas: Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 Berthold, Norbert / Brunner, Alexander: Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 Vanberg, Viktor J.: Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 Vanberg, Viktor J.: Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 Goldschmidt, Nils: Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 Bernhardt, Wolfgang: Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?
- 08/10 Borella, Sara: EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 Wohlgemuth, Michael: A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 Vanberg, Viktor J.: Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7 Vanberg, Viktor J.: Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6 Vanberg, Viktor J.: Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 Wohlgemuth, Michael: Europäische Ordnungspolitik
- 08/4 Löwisch, Manfred: Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 Ott, Notburga: Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 Vanberg, Viktor J.: Schumpeter and Mises as 'Austrian Economists'
- 08/1 Vanberg, Viktor J.: The 'Science-as-Market' Analogy: A Constitutional Economics Perspective.
- 07/9 Wohlgemuth, Michael: Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 Zweynert, Joachim: Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7 Körner, Heiko: Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 Vanberg, Viktor J.: Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 Vanberg, Viktor J.: Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.

- 07/4 Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann: The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault's Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 Fuest, Clemens: Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 Pelikan, Pavel: Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 Voßwinkel, Jan: Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.
- 06/10 Schmidt, André: Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 Vanberg, Viktor J.: Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 Goldschmidt, Nils: Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara: Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang, K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 Vanberg, Viktor J.: Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 Pelikan, Pavel: Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 Goldschmidt, Nils: Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 Marx, Reinhard: Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 Vanberg, Viktor J.: Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael: Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.
- 05/13 Kersting, Wolfgang: Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.: Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.: Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.

- 05/10 Goldschmidt, Nils: Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael: Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred: Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara: Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko: Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.: Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von: Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils: The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.: Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils: Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.
- 04/15 Zintl, Reinhard: Zur Reform des Verbändestaates. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 183-201.
- 04/14 Blankart, Charles B.: Reform des föderalen Systems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 135-158.
- 04/13 Arnim, Hans Herbert von: Reformen des deutschen Parteiensystems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 87-117.
- 04/12 Goldschmidt, Nils: Alfred Müller-Armack and Ludwig Erhard: Social Market Liberalism. Veröffentlicht in: The History of Liberalism in Europe, Brochure Nr. 21, Paris 2004: CREA and CREPHE 2004.
- 04/11 Vanberg, Viktor J.: The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism.
- 04/10 Vanberg, Viktor J.: Market and State: The Perspective of Constitutional Political Economy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 1 (1), 2005, p. 23-49.
- 04/9 Goldschmidt, Nils / Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.: Elisabeth Liefmann-Keil. Eine frühe Ordoliberale in dunkler Zeit. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt

- (Hrsg.): *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 177-204.
- 04/8 Albert, Hans: *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe*. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 405-419.
- 04/7 Wohlgemuth, Michael / Sideras, Jörn: *Globalisability of Universalisability? How to apply the Generality Principle and Constitutionalism internationally*.
- 04/6 Vanberg, Viktor J.: *Sozialstaatsreform und ‚soziale Gerechtigkeit‘*. Veröffentlicht in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 45, 2004, S. 173-180.
- 04/5 Frey, Bruno S.: *Direct Democracy for a Living Constitution*. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern*, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 26-86.
- 04/4 Commun, Patricia: *Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten*.
- 04/3 Vanberg, Viktor J.: *Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered*. Veröffentlicht in: R. Koppl (ed.): *Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7)*, Amsterdam et al.: Elsevier 2004, p. 155-199.
- 04/2 Vaubel, Roland: *Reformen der europäischen Politikverflechtung*. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern*, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 118-134.
- 04/1 Wohlgemuth, Michael: *The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian response to the Habermasian challenge*. Veröffentlicht in: *The Independent Review*, Vol. 10 (1), 2005, p. 83-115.
- 03/10 Goldschmidt, Nils: *Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive*. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 63-95.
- 03/9 Buchanan, James M: *Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics*. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern*, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 25-35.
- 03/8 Dathe, Uwe / Goldschmidt, Nils: *Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena*. Veröffentlicht in: *ORDO*, Bd. 54, 2003, S. 49-74.
- 03/7 Vanberg, Viktor J.: *The Status Quo in Contractarian Constitutionalist Perspective*. Veröffentlicht in: *Constitutional Political Economy*, Vol. 15, 2004, p. 153-170.
- 03/6 Vanberg, Viktor J.: *Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU*. Veröffentlicht in: W. Schäfer (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung*, Berlin: Duncker & Humblot 2004, S. 51-86.
- 03/5 Pelikan, Pavel: *Bringing Institutions into Evolutionary Economics: Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies*. Veröffentlicht in: *Journal of Evolutionary Economics*, Vol. 13, 2003, p. 237-258.
- 03/4 Nau, Heino Heinrich: *Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel*. Veröffentlicht in: G. Blümle u.a. (Hrsg.): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*, Münster: Lit-Verlag 2004, S. 249-269.

- 03/3 Vanberg, Viktor J.: The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative. Veröffentlicht in: *Journal of Economic Methodology*, Vol. 11, 2004, p. 1-29.
- 03/2 Goldschmidt, Nils / Berndt, Arnold: Leonhard Miksch (1901–1950) – A Forgotten Member of the Freiburg School. Veröffentlicht in: *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 64, 2005, p. 973-998.
- 03/1 Vanberg, Viktor J.: Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie. Veröffentlicht in: N. Berthold, E. Gundel (Hrsg.): *Theorie der sozialen Ordnungspolitik*, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 35-51.